

# Forum Soziale Demokratie

Jürgen Kocka

## Zukunft und Gerechtigkeit

Das sozialdemokratische Verständnis von Gerechtigkeit erschließt sich am klarsten, wenn man Gerechtigkeit in der Verknüpfung mit den anderen sozialdemokratischen Grundwerten sieht, mit Freiheit, Solidarität und sozialer Demokratie. Einerseits heißt dann Gerechtigkeit nicht bloß Rechtsgleichheit und auch nicht bloß Chancengleichheit, sondern auch Gleichheit der grundlegenden Lebensbedingungen. Verbunden mit Freiheit ist Gerechtigkeit andererseits nicht identisch mit Gleichheit und Gleichmacherei. Als Grundwert sozialer Demokratie nimmt Gerechtigkeit die Bedeutung von Teilhabegerechtigkeit an, hat also eine partizipatorische Dimension.

Will man die Grundwerte nicht abstrakt und luftig, sondern konkret und verbindlich, muss man sie im Blick auf die jeweiligen realen Bedingungen immer wieder neu ausbuchstabieren. Heute stellt sich das Zukunftsproblem neu und anders als noch vor zwei Jahrzehnten mit Folgen für den sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriff.

Seit Jahrzehnten diskutiert man über Nachhaltigkeit, meist mit Blick auf ökologische Probleme. Das ist weiterhin wichtig. Die Sorge um Nachhaltigkeit hat aber zunehmend das Soziale selbst erfasst, die Gesellschaft einschließlich ihrer Politik,

Ökonomie und Kultur. Statt von »Nachhaltigkeit« redet man von »Zukunftsfähigkeit«. Zukunftsfähigkeit wird zum zentralen Kriterium guter Politik. Warum und inwiefern?

*Einerseits:* Je mehr sich das Bewusstsein verbreitet, dass unsere Wirtschafts- und Lebensweise *endliche* Ressourcen verbraucht, ohne neue hinreichend zu produzieren, von Rohstoffen und Energie über den sozialen Zusammenhalt bis zum Klima, desto unvermeidlicher wird es, bei Entscheidungen über heute notwendige oder zu vermeidende Veränderungen Zukunft mitzubedenken.

*Andererseits* zwingt der demografische Wandel – die Erfahrung des Alterns und die Erwartung des Schrumpfens der Bevölkerung – zum Blick in die Zukunft. Denn dieser demografische Wandel bringt Gefahren und Chancen, Zumutungen und Möglichkeiten mit sich, die man in Rechnung stellen muss, wenn man heute verantwortlich handeln will. Er wird ein anderes Verhältnis zwischen den Generationen erzwingen, wenngleich die Art dieses Verhältnisses noch unklar und gestaltbar ist.

*Schließlich* ist zu beobachten, dass sich im Wandel der letzten Jahrzehnte neben der Leitfrage nach gerechter *Verteilung* der erarbeiteten Chancen, Leistungen und

Produkte die Leitfrage nach den Bedingungen ausreichender und verbesserter *Herstellung* der zu verteilenden Chancen, Leistungen und Produkte nach vorne geschoben hat. Unter verschärften globalen Wettbewerbsbedingungen ist solche Herstellung alles andere als selbstverständlich. Sie hängt von sehr vielen, auch kulturellen, Voraussetzungen ab. Die damit dringend gestellte Frage nach der Kraft unserer Gesellschaft zur Erbringung von Leistungen und Ergebnissen, von Wohlstand und Zivilität drängt den Blick viel entschiedener zur Vorsorge für die Zukunft, als es die Frage nach der gerechten Verteilung allein je tat.

Zukunftsfähigkeit meint die Fähigkeit, anstehende und neu aufkommende Probleme nachhaltig, d.h. dauerhaft bzw. mittel- bis langfristig zu lösen, unter Berücksichtigung der Handlungsspielräume und voraussichtlichen Bedürfnisse nachfolgender Generationen. Wie steht es damit in Deutschland?

Das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) hat sich mit der Frage beschäftigt und in seinem kürzlich veröffentlichten Jahrbuch 2006 darüber berichtet. Es ergibt sich ein gemischtes, durchwachsendes Bild. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland auf vielen Gebieten nur Mittelmaß bietet. Das politische System leidet unter einer ungewöhnlich großen Zahl von »Vetospielern« und starken Reformblockaden. Gemessen an den Kriterien Zukunftsorientierung, Gerechtigkeit und Finanzierbarkeit hängt der deutsche Sozialstaat hinter anderen Sozialstaaten Europas zurück. Die deutsche Außenpolitik erhält bessere Noten, doch fehlt es ihr an Verwurzelung in der Bevölkerung und selbst in der »politischen Klasse«. Das für Deutschland typische »Produktionsmodell« fußt auf hohen Löhnen, hoher Arbeitsqualität, Sozialpartnerschaft, institutioneller Verflechtung und viel Regulierung. Es stammt aus besseren Zeiten, es knirscht und bremst, es steht auf dem Prüfstand. Doch es ändert

sich unter der Hand, ist flexibler, als man oft liest. Blickt man auf die Gesamtausgaben für Erziehung, Bildung, Forschung und Entwicklung als Anteil aller öffentlicher Ausgaben, nimmt Deutschland keinen Spitzenplatz ein. Was die Kraft zur demographischen Reproduktion angeht, sind in Europa nur einige Länder im Osten und Süden noch schlechter. Deutschland ist kein Land besonderer Zuversicht und Risikofreude, im Gegenteil.

Wer mehr Zukunftsfähigkeit will, muss viele kleine Schritte gehen – von der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen über die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft bis hin zur Stärkung direktdemokratischer Momente im politischen System. So einige Vorschläge im genannten WZB-Jahrbuch. Prinzipiell aber gilt, dass die Prioritäten verschoben werden müssen, von der Gegenwart hin zur Zukunft, vom Konsumieren zum Investieren, und zwar nicht nur im engen ökonomischen Sinn. Mehr Zukunftsorientierung wird benötigt. Erst ein Stück Verzicht auf Bedürfnisbefriedigung in der Gegenwart wird zusätzliche Chancen für das Gelingen der Zukunft eröffnen.

### **Was könnte sozialdemokratisch sein?**

Was könnte daran sozialdemokratisch sein? Traditionell gehören die Sorge um die Zukunft, der Glaube an sie und der Kampf um ihre bessere Gestaltung – auch durch Opfer in der Gegenwart – zum linken, progressiven Grundbestand sozialdemokratischen Denkens. Eine Partei, die Grundwerte so groß schreibt wie die Sozialdemokratie es tut, wird sich heute nicht davor drücken können, sie intergenerationell auszubuchstabieren.

Darüber hinaus gibt es mindestens vier Antworten auf die gestellte Frage:

*Erstens:* Die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik wurde in den letzten Jahren verbessert, und dies auch durch eine Politik, die sozialdemokratisch geleitet oder

mitgeprägt worden ist. Es war unter der zweiten Regierung Schröder, dass die notwendigen Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen angegangen, eine fortschrittliche Familienpolitik konzipiert, verantwortliche Außenpolitik ermöglicht und die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung – in Umkehr des langjährigen Trends – kräftig erhöht wurden. Die derzeitige, stark sozialdemokratisch geprägte, Große Koalition setzt diese Politik fort und erweitert sie, nicht ohne Erfolg. Über die Jahre hat die Sozialdemokratie ein Stück notwendiger Zukunftspolitik betrieben, auch wenn es schmerzt, schwer zu vermitteln ist, und jetzt überdies von einer im Grunde sehr konservativen LINKSPARTEI erschwert wird, die sich von der Sozialdemokratie u.a. dadurch unterscheidet, dass sie sich um verantwortliche Gestaltung der Zukunft weder sorgt noch bemüht. Zukünftige Geschichtsschreibung wird dies als große Leistung sozialdemokratischer Politik für das Land erkennen. Es ist nur schade, dass die Sozialdemokraten das selber nicht richtig einsehen und darüber uneins sind.

*Zweitens:* Es ist unübersehbar, dass die Umorientierung der Politik in Richtung größerer Zukunftsfähigkeit durch die sehr ungleiche Verteilung von Chancen und Lasten in der Gegenwart behindert wird. Wer auf ein Stück gegenwärtig möglichen Konsums zugunsten zukunftsorientierter Investitionen verzichten soll, wird dafür eher Verständnis aufbringen, wenn die damit einhergehenden Lasten gerecht verteilt werden. Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt deshalb sehr mit ihrem Verhältnis zur Gerechtigkeit in der Gegenwart zusammen. Damit ist es in Deutschland angesichts zunehmender ökonomischer und sozialer Ungleichheit nicht gut bestellt. Dies aber ist ein Kernthema der Sozialdemokratie, für dessen Bearbeitung sie besonders kompetent ist und an dessen praktischer Umsetzung sie ihr Profil schärfen kann.

*Drittens:* So zentral Wettbewerbsfähigkeit und damit marktwirtschaftliche Kompetenz für die Zukunftsfähigkeit des Landes sind, so sehr ist, um Volker Hauff zu zitieren, deren Herstellung eine Lebensbereiche übergreifende »Querschnittsaufgabe«, die vom Markt allein nicht bewältigt werden kann. Dafür braucht es zugleich das »Management der öffentlichen Dinge«. Auch das führt auf ein Gebiet besonderer sozialdemokratischer Zuständigkeit. Es wird nötig sein, den Sozialstaat von vorherrschender Gegenwarts- auf mehr Zukunftsorientierung umzupolen, schwächen oder gar abbauen darf man ihn nicht. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements muss hinzukommen, das weder der Logik des Marktes folgt noch der des Staates, sondern der Logik selbst organisierter Solidarität und der Orientierung am Gemeinwohl. Auch darin hat die Tradition der Arbeiterbewegung viel zu bieten, aus der die Sozialdemokratie stammt.

### **Umakzentuierung des Gerechtigkeitsbegriffs**

*Viertens:* Der Übergang von der Sorge für die Zukunft des Landes zur Sorge um die globale Zukunft ist eine große Herausforderung der Gegenwart. Das geht nicht ohne Brüche und Widersprüche. Denn was intern gerecht zu sein scheint, muss es international nicht sein. Was für deutsche Arbeitnehmer als Lohndumping erscheint, mag für ausländische Arbeitsmigranten oft die einzige Chance zum Überleben, und für die *labouring poor* im Nachbarland ein wichtiger Zugewinn an Lebensqualität sein. Interessen stoßen da hart aufeinander. Die Sozialdemokratie muss das austarieren, so schwierig es ist. In Theorie und Praxis verfügt sie über eine ausgeprägte internationale Tradition, an die sie anknüpfen kann.

Fazit: Notwendig ist eine dreifache Umakzentuierung des Gerechtigkeitsbegriffs: Er muss intergenerationell – im

Hinblick auf Zukunftsfähigkeit – umakzentuiert werden. Gerechtigkeit muss transnational, im Endeffekt global definiert werden. Wenn man über Gerechtigkeit und ihre Realisierungschancen spricht, darf man nicht nur über Markt und Staat sprechen und beide gegeneinander ausspielen, sondern man muss das Terrain dazwischen, die selbstorganisierte Bürgergesellschaft, in den Blick nehmen, wo man den Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in die eigenen Hände nehmen kann, sofern die Rahmenbedingungen es erlauben. Die Rahmenbedingungen sind allerdings wichtig. Aus sozialdemokratischer Sicht geht es deshalb immer auch um das Problem der Zivilgesellschaftsfähigkeit,

die bekanntlich ungleich verteilt ist und gleicher verteilt sein sollte.

Es kommt darauf an, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit als Ziele so zu definieren, dass sie vereinbar werden und sich gegenseitig verstärken. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich, und zwar in einer Weise, die eine deutlich sozialdemokratische Handschrift trägt: ein Beitrag zum Allgemeinwohl und eine Chance für die SPD.



Jürgen Kocka (\*1941)  
ist Professor für Geschichte an der  
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN und war  
bis April 2007 Präsident des WIS-  
SENSCHAFTSZENTRUMS BERLIN (WZB).  
kocka@wzb.eu

Peter Grafe

## Die aufgeschobene Erneuerung

Seit dreißig Jahren geht es mit der SPD langsam bergab, trotz Schröders Wahlerfolgen. Was der Partei nach Ansicht des langjährigen Beraters beim Parteivorstand fehlt, ist ein leidenschaftlicher Modernisierungsimpuls. Stattdessen tun die Programmacher so, als machten schicksalhafte Entwicklungen im Zuge der Globalisierung es leider notwendig, eher widerwillig ein paar Einschnitte vorzunehmen. Mithin liegt das größte Problem der SPD in der emotionalen Ablösung von den alten Sicherheitsversprechen und in der Hinwendung zu konzeptionell neuen Lösungen. Deshalb rät der Autor der Partei, sich konzeptionell und kommunikativ neu zu erfinden.

FORSA-Chef Güllner wies in vielen Beiträgen eindringlich darauf hin: Schaut man auf die absoluten Zahlen ihrer Wählerschaft, so befindet sich die SPD seit bald dreißig Jahren in einem langsamen aber stetigen Sinkflug. Zwar wurden in dieser Zeit jede Menge Erneuerungspapiere geschrieben, es gab begrenzte Reformversuche und reichlich öffentliche Ratschläge, doch all diese Bemühungen hatten keine nachhaltige Wirkung. In den letzten Wochen wurden demoskopisch neue Tiefststände erreicht.

Während der Oppositionsjahre bis 1998 konnte die SPD sich gegen Kohl der Illusion eines in sich stimmigen Weltbildes hingeben. Das wurde für die Sozialdemokraten an der Regierung schnell obsolet. Ohne theoretische und programmatische Klärung veränderte die konkrete sozialdemokratische Regierungspolitik den tradierten Ansatz in vielen Details – *changing by doing*. Schröder und Müntefering wollten nach dem internen Geschrei um das *Schröder-Blair-Papier* keine Metadebatten mehr, sondern eine Neuausrichtung durch